



Und jetzt?



Der New Yorker Milliardär, Reality-Show-Star und Kandidat der Republikanischen Partei, Donald J. Trump, hat den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2016 für sich entschieden. Dieses Ergebnis ist jedoch weniger ein Erfolg der Republikaner. Es ist das Versagen der Demokratischen Partei. Eine dringend notwendige Untersuchung der amerikanischen Linken. Von Ryan Cartwright. Aus dem Englischen übersetzt von Elena Stingl.

Seltene neue Anstandsregeln haben sich im amerikanischen Diskurs breit gemacht. Wer heute in Gesprächen nicht dauernd Bekenntnisse ablegt, wessen Anhänger man ist, oder besser noch nicht ist, der springt in Wasser ohne Bodensicht. Diese Stimmung ist, nunmehr einen Monat nach den Wahlen, immer noch zu greifen. Die Anspannung ist so hoch, dass alle sich angewöhnt haben, Stellung zu beziehen, wenn sie etwas zum Thema Politik sagen.

Wer in den Küstenstädten anti-Clinton ist, könnte am Ende noch seinen Job verlieren, und wer im ländlichen Amerika anti-Trump ist, riskiert seine leibliche Sicherheit. Und pro-Fidel?

Vergesst es. So verbittert ist es geworden. Und so prekär ist die wirtschaftliche Lage. Die Geschichte, die wir uns zu lange selbst erzählten, musste ja irgendwann einreißen. Zuletzt bediente vor allem die amerikanische linksliberale Presse das Narrativ. Trump konnte es gelingen, all die weißen, ökonomisch extrem benachteiligten Arbeiterinnen und Arbeiter hinter sich zu bringen, indem er ihre aufgestaute Wut anzapfte. Dieses Narrativ wurde nicht weiter gedacht: Warum würden diese Wählerinnen und Wähler eher einem Milliardär glauben, dass er ihre Sorgen und Bedürfnisse versteht, als Politikerinnen der Demokratischen Partei, die traditionell eher auf der Arbeitnehmerseite stehen müssten? Statt Antworten auf diese Fragen zu finden, statt härter mit den Demokraten ins Gericht zu gehen, wird das einseitige Narrativ weiter verbreitet. Es ist das Öl, das an die Wasseroberfläche steigt und während es alles verdirbt, das es berührt, wird es auch noch die letzten Winkel irgendwann erreichen. Ich möchte mir dieses Narrativ genauer ansehen, wie es in den Nachrichten und der Politik funktioniert, und so auf das Manko der Demokratischen Partei und ihre dringend notwendige Sanierung aufmerksam machen.

Weißgewaschener Optimismus?

Lasst mich mit einem kleinen Dementi beginnen: Ich habe das Vertrauen in meine eigene politische Intuition verloren. Ich sah die Clinton-Krönung und

den Vormarsch des Status-Quo als unvermeidbar. Ich habe mich vom Optimismus der Privilegierten anstecken lassen. Meine weiße Kurzsichtigkeit hat wohl am besten Dave Chappelle auf den Punkt gebracht, ein afro-amerikanischer Comedian, in seinem Monolog für Saturday Night Live am 12. November: »Den Ausgang der Wahlen für Donald Trump konnte ich vorher natürlich nicht kennen«,

sagte er, »aber ich habe es mir schon gedacht. Es wirkte zwar, als würden die Umfragen für Hillary sprechen. Aber ich kenne doch die Weißen.«

Chappelle sagte es so, dass es lustig klang, und doch fühlte ich mich schlecht. Meine Un-

fähigkeit, diesen Ausgang vor den Wahlen überhaupt für möglich zu halten, teilten die Angehörigen der historisch Entrechteten nicht. Obwohl ich jeden Tag in der Wirklichkeit sogenannter *White Supremacy* lebe, habe ich die Möglichkeit, sie von Zeit zu Zeit auszublenden. Diejenigen, auf die das nicht zutrifft, können beim selbstgefälligen Amüsement über groteske Wahlpolitik nicht mitlachen.

Republikaner und Demokraten:
Same same not so different

Noch fühle ich mich wie benommen von meiner Selbst-Kritik. Was nun aber dringend notwendig wäre: eine ernsthafte Kritik linker Politik in Amerika. Der Gewinn für die amerikanische Rechte am 8. November war vor allem einer: das Versagen der Linken. Eine Untersuchung des republikanischen Lagers und ihrer Moral lohnt sich weniger. Mehr denn je brauchen wir Strategien zum Widerstand. Wir müssen zum Kerngeschäft der Linken vordringen. Kann es so gelingen, den Rechtsruck im Westen aufzuhalten?

Um etwas klar zu machen: Die Demokratische Partei ist nur vermeintlich die gemäßigt linke Mehrheitspartei der Vereinigten Staaten. Die Interessen der Arbeiterklasse vertreten sie eigentlich nicht, noch scheint es sie zu kümmern. Sie sind Konzern-abhängige, militaristi-

White Supremcy bedeutet grob die Überzeugung – teils subtil, teils unverhohlen zur Schau getragen – dass Menschen weißer Hautfarbe natürlicher Weise allen anderen Menschen überlegen sind und ihnen daher die politische und kulturelle Vorherrschaft zustehe sowie die Privilegierung der Weißen, vor allem weißer Männer, vorrangiges politisches Ziel sein müsse.

sche Größenwahnsinnige. Und das für die Rechte charakteristische, kindische Unsicherheitsgefühl, der rüpelhafte Narzissmus, für den, auf so peinliche Weise Donald Trump steht, das gibt es auf Seiten der Demokraten nicht weniger. Denn so wie die Demokraten nun darauf verzichten, über die eigene Partei und die Verantwortung ihrer Protagonistinnen und Protagonisten nachzudenken, enthüllt das genau jene Taubheit, die zu ihrem bitteren Versagen im November führte. Dieser Beschuldigungsturm, der aus dem demokratischen Lager weht, *den* müssen wir uns genauer ansehen.

Kommt nach
der Postmoderne
das postfaktische Zeitalter?

Ich mache hier einen Exkurs zum aktuellen Modethema des sogenannten postfaktischen Zeitalters. Denn das hat, finde ich, nicht nur mit Donald Trumps PR-Strategie viel zu tun, sondern auch mit der Selbstinszenierung der Demokratischen Partei.

Mit einer unendlichen Reihe haltloser Anschuldigungen ist Trump berühmt geworden – und wurde von allen Seiten dafür angegriffen. Völlig zurecht. Aber er konnte mit dieser Strategie nur berühmt werden, in einer Welt, in der das Prüfen von Fakten sich scheinbar erschöpft hat, ja selbst fragwürdig geworden ist. In einer postmodernen, digitalen Welt, die dem durchschnittlichen Nutzer zu viele sich widersprechende Informationen anbietet, sind gerade solche Informationen, die als verlässlich angepriesen werden, meist gerade am parteiischsten.

Die Russen und die Demokraten

Ein besonders heimtückischer Fall von Falschmeldungen im postfaktischen Web ist die vermeintliche Einmischung des Kremls in die amerikanischen Wahlen, die bis heute nicht eindeutig nachgewiesen werden konnte. Diese Anschuldigung war zentral für die Wahlkampfstrategie von Hillary Clintons Team und scheint überhaupt jederzeit zur Hand, wenn die Partei sich selbst eine besonders üble Falle gestellt hat. Man denke an den DNC [Anm. d. Red.: Democratic National Convention. Parteitag der Demokraten] im vergangenen Sommer und die gehackten E-Mails von Hillarys Wahlkampfleiter John Podesta, die zeigten, wie die Parteispitze Bernie Sanders Wahlkampf schädigte.

Zwar sollte niemand die Erosion amerikanischer Intelligenz unterschätzen. Doch wenn sich die etablierten Medien und die politische Elite über die Leute lustig machen, die Unwahrheiten verbreiten, ist das nichts als Heuchelei. Das verstehen die Amerikanerinnen und Amerikaner, bei all ihrer Ignoranz, nur allzu gut. Denn während die Parteimaskottchen immer wieder ihre Parolen auf-sagen werden, geht dieser selbstgefällige Paternalismus an weniger Leuten unbemerkt vorbei, als sie glauben möchten.

Ihre Taktik: unterschiedliche Meinungen gar nicht erst zulassen

Die Russlandverschwörung und die Attacken des Hillary-Lagers: zwei der schlimmsten Fehler in der Geschichte der Partei. Ganz im typischen Stil mächtiger Klassen haben sie den Diskurs während des Wahlkampfes an sich gerissen. Die öffentlichen Debatten konzentrier-

ten sich darauf, wie (oder wie nicht) diese Enthüllungen herauskamen. Über das Enthüllte selbst wurde jedoch kaum gesprochen. Und selbst wenn Russland wirklich dahinter steckt – haben sie uns denn wirklich so einen schlechten Dienst erwiesen? Ist es etwa kein Indikator dafür, wie die Parteispitze selbst den demokratischen Prozess unseres Landes unterwandert? Wenn uns die Demokratie dieses Landes so wichtig ist, sollten wir nicht gerade die Demokratische Partei zur Verantwortung ziehen?

Linker McCarthyismus

Während beide Seiten der Parteienflügel nun verzweifelt versuchen, die öffentliche Debatte wieder auf ihre Linie zu bringen, ist es eigentlich die amerikanische Mächtegern-Linke, die an dieser ganzen Russland-Sache festhält und von sich selbst ablenkt. Ihre Taktik: unterschiedliche Meinungen gar nicht erst zulassen. Nichts Neues. Seit ich mich erinnern kann, habe ich das beobachtet. Diese Taktik kennt man schon aus der McCarthy-Ära [Anm. d. Red.: Joseph McCarthy war Senator und in den späten 1940er und -50er Jahren für seine aggressiven anti-kommunistischen Kampagnen berühmt], sie ging und geht gegen Arbeitnehmerrechte, gegen Leute, die sich in ihren Communities organisieren und die von der Polizei erschossen werden, gegen Afro-Amerikaner, die massenweise in Gefängnissen weggesperrt werden. Mit brutaler Gewalt wurde gegen die Demonstranten vorgegangen, die kurz vor der Jahrtausendwende ihren verzweifelten Protest gegen die Welthandelsorganisation auf die Straße trugen. Die Opposition gegen den Krieg im Irak wurde zum Schweigen gebracht.

Und nicht zu vergessen die Augen der Massenüberwachung, die überall sind.

Occupy DNC

Besonders eindringlich habe ich diese Feindseligkeit als Mitglied der Occupy-Bewegung erlebt. Wir waren eine sorgfältig arbeitende, progressive Gruppe, setzten uns für direkte Demokratie ein und probierten sie selbst aus, indem wir einen offenen Dialog auch mit unseren Gegnern führten. In der Öffentlichkeit wurden Occupy jedoch als unorganisiert und gefährlich dargestellt. Unsere Argumente waren nicht so leicht verdaulich; die Polizei ging mit Gummigeschossen auf uns los. Und ich konnte damals dasselbe beobachten, wie heute, wenn Black Lives Matter-Demonstrierende in Tränengas gebadet und in Gefängnisse gesperrt werden – weil sie versuchen, unsere Communities vor mörderischen Polizisten zu schützen. [Anm. d. Red.: BLM ist eine US-amerikanische aktivistische Bewegung, die 2013 nach dem Freispruch eines Mitglieds einer Bürgerwehr entstand. Der Angeklagte hatte zuvor den unbewaffneten Afro-Amerikaner Trayvon Martin, 17 Jahre alt, erschossen. Die inzwischen internationale Bewegung kämpft u.a. für den Schutz vor staatlicher, rassistischer Gewalt gegen Afro-Amerikaner und andere people of color.] Wer von den amerikanischen Linksliberalen ist nach North Dakota gefahren, um sich mit den Menschen in Standing Rock zu solidarisieren? [Anm. d. Red. Proteste gegen den Bau einer Erdölpipeline, der heilige Stätten der Sioux zerstören und das Trinkwasser extrem verschmutzen würde.] Bernie Sanders war der einzige. Aber was Bernie zu sagen hat, darum kümmert sich das Establishment der Demokratischen Partei – das kann ich ruhig so sagen – einen Scheißdreck. Denn native american lives, diesen Eindruck vermitteln die Demokraten, don't matter.

Doch all das wurde aus den offiziellen Diskursen rausgehalten. In den TV-Debatten der Präsidentschaftskandidierenden wurde nicht ein Mal vom Geschäft der Unternehmen gesprochen, die unsere Gefängnisse managen, oder von den über 800 Stützpunkten des amerikanischen Militärs überall auf der Welt. Es gibt für diese kritischen Themen – globale Präsenz des amerikanischen Militärs, Protestbewegungen, diskriminierende Gefängnisssysteme etc. etc. – keinen Ort, kein Sprachrohr, durch das man die demokratische Parteispitze erreichen könnte. Gerade daran liegt es, dass sie die Kontrolle verloren haben.

Zählen Sie bitte noch einmal nach

Und es ist nicht nur ein ironisches Detail, dass diese Leute, die zuvor die Präsidentschaftskandidatin der Grünen Partei, Jill Stein, verleumdeten, sich ihr jetzt wohlfeil anschließen, wo Stein in drei Staaten, die überraschend den Republikanern den Sieg bescherten, Nachzählungen anfordert. [Anm. d. Red.: Hillary Clinton hat die deutliche Mehrheit der Wählerinnen- und Wählerstimmen erhalten, sog. „popular vote“, und unterliegt dennoch aufgrund des amerikanischen Wahlsystems, in dem Wahlmänner und nicht das Volk den Präsidenten wählen.] Es ist ein Trend geworden: Der unterliegende Kandidat erhält deutlich mehr Wählerinnen- und Wählerstimmen [Anm. d. Redaktion: Zuletzt im Jahr 2000, als der Republikaner Georges W. Bush weniger Stimmen als sein Kontrahent Al Gore erhielt und dennoch Präsident wurde] und dann folgt eine völlig sinnlose Nachzählung in der vergeblichen Hoffnung, das Ergebnis zurechtzurücken. Während wenige Demokraten wirklich daran glauben, dass die Nachzählungen etwas Neues zutage bringen, machen sie doch mit. Das Wahlmännergremium und die Nachzählungen – eine Farce.

Jetzt hat Stein also, mit der Hilfe des Budgets der Demokraten, eine Nachzählung in Wisconsin und Michigan angestoßen. Clinton hat Wisconsin nach den Vorwahlen kein einziges Mal besucht. Und zum Beispiel für die Verbesserung des

Wasserversorgungssystems der Stadt Flint in Michigan hat die Obama/Clinton-Regierung keinen Finger krumm gemacht. Trumps Strategen haben diese Schwächen erfasst und sie für sich genutzt. Doch abgesehen von all den Wahlkampf-Strategien, eine besonders schmerzhafte Wahrheit wird sich bei

seinen Wählern und Wählerinnen durchsetzen: Donald Trump wird es nicht gelingen, die Benachteiligung der Arbeiterklasse zu beenden.

Warum ich nicht Hillary gewählt habe

Aber apropos Jill Stein. Ich habe für Stein gestimmt. Warum? Zum einen lebe ich in der San Francisco Bay Area. Die Bay Area geht immer an die Demokraten, so wie ganz Kalifornien. Wenn eine dritte Partei einen gewissen Mindestprozentsatz der Stimmen erhält, werden sie für ihren Wahlkampf von der Regierung finanziell unterstützt und erhalten so die Möglichkeit, den politischen Dialog auf Bundesebene zu erreichen.

Denn native american lives, diesen Eindruck vermitteln die Demokraten, don't matter

Mehr noch als in Sanders Fall glaube ich, dass wenn Stein auch nur einen Bruchteil der öffentlichen Aufmerksamkeit erhalten hätte, der gewöhnlich nur an die großen Kandidaten geht, wenn man sie an den TV-Debatten hätte teilnehmen lassen, würden wir nun in eine völlig andere Zukunft schauen. Steins radikaler Vorschlag, das gigantische Budget für unser Militär umzulegen und in eine umweltfreundlichere Infrastruktur zu investieren, hätte die Debatte auf ein ganz anderes Level gehoben. Das liberale Establishment hat alles dafür getan, Stein als Spinnerin hinzustellen, deren einzige Funktion darin besteht, den Demokraten Stimmen wegzuzuessen.

These violent delights have violent ends

Viele Amerikanerinnen und Amerikaner sind der Überzeugung, dass der fortgesetzte Status Quo das eigentliche Desaster ist, und jedes Wagnis gerechtfertigt ist, um diesem Zustand ein Ende zu setzen. Mumia Abu-Jamal, ein politischer Gefangener und Paladin Afro-Amerikanischer Linker, meinte: „Wenn Donald Trump der Preis ist, den wir zahlen müssen, um den anhaltenden Clinton'schen Neoliberalismus in diesem Land zu brechen – dann soll es eben so sein.“ Wird Abu-Jamal recht behalten? Wer wird diesen Preis bezahlen?

Ryan Cartwright
ist Schriftsteller,
lausiger Glücksspieler
und hält sich als
Haustier eine
Schlange. Er lebt
und arbeitet in der
San Francisco Bay

Clinton mag außenpolitisch ein Falke sein. Aber Trump wird diesen hochsensiblen Entscheidungen als Narr begegnen. Und innerhalb der Grenzen unseres eigenen Landes, das auf Gewalt und die Brüchigkeit männlicher Dominanz so versessen ist, werden die soziopolitischen Veränderungen noch schneller zu spüren sein. Bei allem, was das für people of color bedeuten wird, die von der Polizei umgemäht werden, oder für Frauen, denen ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung gestohlen wird – die amerikanische Rechte wird sie nicht retten. Nur, indem die Demokraten und die amerikanische Linke jetzt ihre Verantwortung übernehmen, indem sie ihre Fehler einräumen und sie beheben, werden wir die globale Katastrophe von Trumps Präsidentschaft bekämpfen können. Diese unbequeme Selbstbefragung wird die Mühe wert sein. Unser Überleben steht auf dem Spiel.<